

Verhältnis Schweiz - EU: 30 Jahre danach kommt der EWR wieder auf den Tisch

Angesichts der «Perspektivlosigkeit» in der Europapolitik verlangen die Grünliberalen jetzt den Beitritt – und finden Unterstützung.



Die GLP reicht nächste Woche im Nationalrat eine Motion ein, mit der sie den Bundesrat verpflichten will, «Beitrittsverhandlungen» für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aufzunehmen. Die Partei betrachtet den EWR als derzeit «realistischste europapolitische Option» für die Schweiz. Und er biete, so GLP-Fraktionschefin Tiana Angelina Moser, «gegenüber dem Status quo oder gar einem Rahmenabkommen zentrale Vorteile».

Fakt ist: Mit einem Beitritt zum EWR – heute gehören Island, Norwegen und Liechtenstein dazu – hätte die Schweiz den vollen Zugang zum EU-Binnenmarkt. Der EWR geht damit über die bilateralen Abkommen und den vom Bundesrat verworfenen Rahmenvertrag hinaus. «Mit einer EWR-Mitgliedschaft wäre eine umfassende Marktöffnung auch für Dienstleistungen wie Banken und Versicherungen verbunden. Und die Schweiz wäre in den europäischen Strommarkt integriert, was unsere Versorgungssicherheit stärken würde», sagt Moser. Auch hätte die Schweiz als EWR-Mitglied keine Probleme mehr, für Kooperationsabkommen wie Horizon Europe oder Erasmus assoziiert zu sein.

«Die Mitgestaltungsmöglichkeiten würden gegenüber heute deutlich gestärkt.»

Im Gegenzug müsste die Schweiz als EWR-Mitglied auch geltende und neue europäische Regeln in diesen Bereichen übernehmen. Konkret müssten der umstrittene Lohnschutz sowie Aufenthaltsbestimmungen unter Umständen an geltende oder neue EU-Regeln angepasst werden.

Für Moser ist dies allerdings kein grundsätzliches Problem, da der EWR weitgehende Mitspracherechte biete. Konkret würde die Schweiz als EWR-Mitglied bei neuen Binnenmarktgesetzgebungen konsultiert und könnte sich an deren Vorbereitungsarbeiten beteiligen. Für Moser ist klar: «Die Mitgestaltungsmöglichkeiten würden gegenüber heute deutlich gestärkt.» Schliesslich würde auch die Streitbeilegung für die Schweiz Verlässlichkeit schaffen, da bei Uneinigkeiten am Ende nicht der Europäische Gerichtshof, sondern ein gemischtes Gericht mit Schweizer Beteiligung zum Zuge käme. Moser

bilanziert: «Inhaltlich wie institutionell ist der EWR ein Fortschritt gegenüber dem Status quo oder einem Rahmenabkommen.»

Volk ist für den EWR – Mitte-links zieht mit

Im Volk hätte der EWR durchaus Chancen. Gemäss einer von der Europäischen Bewegung (Nebs) in Auftrag gegebenen Umfrage würden 71 Prozent einen EWR-Beitritt in den nächsten Jahren befürworten. Auch frühere Umfragen zeigen Mehrheiten für den EWR, seit der bilaterale Weg in die Krise geraten ist.

Dass das Parlament den EWR-Vorstoss mit einer überzeugenden Mehrheit annehmen und den Bundesrat in die Pflicht nehmen wird und es so überhaupt zu einer neuen Abstimmung kommt, ist möglich, aber derzeit noch nicht sicher. Die Linke signalisiert vorsichtige Zustimmung. Franziska Roth, SP-Nationalrätin und Co-Präsidentin der SP-Europagruppe, meint: «Ich begrüsse die Idee. Wir müssen jeden Vorschlag, der uns aus der Blockade in der Europapolitik führen könnte, diskutieren und prüfen.»

Gleichzeitig macht sie aber klar, dass sie den Beitritt und nicht den EWR für den «richtigen Weg» halte. Und Grünen-Chef Balthasar Glättli, dessen Partei zusammen mit Operation Libero eine Europa-Initiative plant, kann sich ebenfalls für den EWR erwärmen: «Unser Initiativprojekt verlangt gesicherte, stabile Beziehungen zur EU. Eine Option zur Umsetzung könnte auch der EWR bieten», sagt Glättli.

Auch Teile der Mitte befürworten den EWR-Vorstoss. Während Mitte-Chef-Gerhard Pfister skeptisch ist, spricht Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter von einem «Vorschlag, der zu unterstützen ist». Ein dezidiertes Nein kommt derzeit natürlich aus der SVP, aber auch von freisinnigen Aussenpolitikern: «Der EWR ist mittlerweile überholt», sagt FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann.

Die Zustimmung zum EWR dürfte aber zunehmen, bis das Parlament wohl in einem Jahr darüber befindet. Das Nein im bürgerlichen Lager scheint derzeit vor allem wahltaktisch zu sein. Man will der SVP keine Angriffsfläche bieten. Ein bürgerlicher Parteistrategie sagt hinter vorgehaltener Hand. «Der EWR ist eine attraktive Option. Wenn die Wahlen vorbei sind, werden wir den EWR ernsthaft in Betracht ziehen.» Eric Nussbaumer, SP-Nationalrat und Präsident der Europäischen Bewegung, ist überzeugt, dass der EWR in einigen Monaten im Parlament gute Chancen habe.

Quelle	bernerzeitung.ch
Typ	News Site
Land	CH
Sprache	Deutsch
Adresse	https://www.bernerzeitung.ch/30-jahre-danach-kommt-der-ewr...